

Nach Zustimmung des Bundesrates zu „Modernisierung des Familienrechtes“

Ehescheidungen werden erneut vereinfacht

Ehescheidungen haben gravierende Auswirkungen auf die betroffenen Menschen und die gesamte Gesellschaft. Besonders in einer Ehe vorhandene Kinder leiden massiv unter Trennung und Scheidung. Während in populärer Literatur und den Medien (siehe [6]) immer wieder die Illusion befördert wird, Kinder könnten durch liebevolles, ziviles und rationales Verhalten der Scheidungseltern vor Schäden bewahrt werden, beweist die Wissenschaft anderes. Eine Langzeitstudie über 25 Jahre (siehe Quelle [3]) kommt zu dem Ergebnis, dass Kinder nach einer Ehescheidung Symptome aufweisen, die ähnlich gravierend sind, wie nach sexuellem Missbrauch im familiären Umfeld, Symptome, die erheblich gravierender sind als in Familien, die trotz andauernder Konflikte und Streitigkeiten als Lebensgemeinschaft bestehen bleiben. Noch 13-15 Jahre nach der Scheidung, sind die Kinder gegenüber nicht durch Trennung oder Scheidung betroffenen Kindern, bei denen die Beziehung der Eltern zum Teil ebenfalls stark belastet war, statistisch hochsignifikant auffällig.

Unter den Symptomen finden sich laut [1] und [2] immer wieder die folgenden:

Reaktionen auf der Verhaltensebene	Emotionale Reaktionen	Psychosomatische Reaktionen
- Hyperaktivität	- Wutanfälle	- Schlafstörungen
- Weglaufen von zu Hause	- Kämpferische Aggression	- Kopfschmerzen
- Verlust von Freunden	- Aufbau von Fantasiewelten	- Esssucht
- Zunahme kleiner Unfälle	- Kummer, innere Unruhe	- Appetitverlust
- enger Körperkontakt	- Scham, Schuldgefühle	- Neurodermitis
- Schulverweigerung	- verstärkte Masturbation	- Asthma
- Schulprobleme	- anhaltende Trauer	- Krampfanfälle
- vorbildliches Verhalten	- Alpträume	- Gastro-intestinale Beschwerden
- verstärkte Besorgnis um das Wohlergehen der Eltern	- Ängstlichkeit, vermehrtes Weinen	- Nägelkauen
- Versuch, die Eltern wieder zu vereinen	- Besitzgier (zB bei Gefühlen)	- Daumenlutschen
- Verleugnung der Situation (z.B. „Vater ist auf Reisen“)	- größere Sensibilität	

Doch auch die Ehepartner leiden unter der Scheidung, in der Regel gravierender und stärker als unter einer belasteten Ehe, die aber nicht zu einer Trennung führt. Nach Scheidung oder Trennung ist die Zahl der Behandlung von Depressionen, psychosomatischen Krankheiten, Schlaganfall und Herzinfarkt statistisch signifikant erhöht. Das Bundesministerium für Frauen sagt dazu: „Trennung wirkt, besonders für den, der verlassen wird, als wenn ihm der "Boden unter den Füßen weggezogen" wird. Trennung wird wie ein betäubender Schock erlebt.“

Doch die Scheidungsauswirkungen sind nicht nur gesundheitlicher und emotionaler Natur. Nach einem Gutachten des Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sind Trennung und Scheidung eine wichtige Ursache, wenn nicht sogar die wichtigste Ursache, für die Entstehung von Niedrigeinkommen, Armut und Kinderarmut in Deutschland. (Zitat BMFSJ, siehe www.bmfsfj.de)

Der Spiegel schreibt beispielsweise, dass laut Argetra (einem Immobilienverwerter) Ehescheidung eine der häufigsten Ursachen für die Zwangsversteigerung von Immobilien ist. In 2006 kamen fast 48.000 Eigenheime zur Zwangsversteigerung. Doch "die Zwangsversteigerung löst die finanziellen Probleme der Eigentümer oft nicht, denn Schulden, die durch den Verkauf nicht beglichen werden können, sind weiter abzuzahlen", so der Berliner Makler Alexander Rainoff gegenüber der Zeitschrift „Stern“. In einer Studie der Rechtsanwältin Harro Luxemburg und Daniela Leikam werden die wirtschaftlichen Nachteile einer Scheidung für die betroffenen Menschen deutlich dargestellt. Für die Betroffenen bewirkt eine Scheidung immer eine erhebliche Mehrbelastung bei gleichzeitig sinkender Lebensqualität.

Für Verwaltung, Staat und die Wirtschaft dagegen bringt eine Ehescheidung im wesentlichen Vorteile. In vielen Fällen ist ein zuvor in der Kindererziehung erfolgreich wertschöpfender Partner gezwungen, eine Lohnarbeit in der Wirtschaft aufzunehmen, für die er in Steuerklasse 1 besteuert wird. Die Erziehung der Kinder muss dann meist Institutionen (staatlichen oder privaten) übertragen werden. Die Wirtschaft freut sich, zwei Haushalte mit Wohnraum, Strom, Heizöl, Geräten und Lebensmitteln versorgen zu können.

Bereits im Jahr 1998 schrieb das Institut der deutschen Wirtschaft, dass bei einer weitgehend stagnierenden Bevölkerungszahl die Zahl der Haushalte, z. B. durch Förderung von Singlehaushalten oder Ehescheidungen, erhöht werden müsse, um die Gewinn- und Wachstumsziele von auf privaten Konsum ausgerichteten Konzernen zu erreichen. Entsprechend wird das Single-Dasein und die Ehescheidung durch Werbung, Boulevardpresse und das Fernsehen (auch das öffentlich-rechtliche) beworben und zumindest positiv dargestellt.

Mit der Zustimmung des Bundesrates vom 19. September 2008 zu der durch Justizministerin Zypris auf den Weg gebrachten „Modernisierung des Familienrechtes“ wird die Ehescheidung erneut erheblich vereinfacht und eine neue Verwaltung geschaffen: das „Große Familiengericht“. Die Bürokratie wird weiter aufgebläht, denn an den dramatischen Folgen, die diese Ausweitung der Ehescheidung mit sich bringt, kann auch die familienverachtendste Regierung nicht vorübergehen.

Als Arbeitsbeschaffungsprogramm für arbeitslose Sozialstudenten wird ein „Umgangspfleger“ eingeführt, der Kindern in schwierigen Trennungskonflikten helfen soll – ein kleines Trostpflasterchen für die von Frau Zypris zu verantwortenden, schweren Verwundungen der kleinen Kinderseelen und obendrein eine weitere Rechtfertigung für höhere Ausgaben des Staates, höhere Steuern und weniger Freiheit der Bürger.

Die Bayerische Zentrumspartei fordert die Bundesregierung zum Umdenken auf. Die traditionelle Familie muss gestärkt werden. Die Wirtschaft fordert die Bayerische Zentrumspartei auf, sich auf ihre Verpflichtung auf das Gemeinwohl zu besinnen und von der Förderung und Werbung für Single-Dasein und Ehescheidung Abstand zu nehmen. Die Presse ist aufgerufen, sich freiwillig dazu zu verpflichten, die Berichterstattung über Ehescheidungen z. B. von Prominenten vollständig einzustellen.

Es ist wissenschaftlich erwiesen, dass sich Trennungen und Ehescheidungen durch rechtzeitige Unterstützung vermeiden lassen. Eheberatung beispielsweise kann in mehr als 80% aller Beratungen auf Dauer erfolgreich sein – ein Faktum, dass von Wirtschaft und Medien unterdrückt wird, denn Eheberatung wird in Film und Fernsehen ausschließlich als Motiv für Hohn, Spott und Lächerlichkeit verwendet.

„Es ist Zeit, die verhängnisvolle Entwicklung der Zerstörung der Familie zu stoppen. Die traditionelle Familie hat sich in Jahrhunderten als emotionales und wirtschaftliches Powerhouse entwickelt und ist erwiesenermaßen die effizienteste Form des Zusammenlebens. Obendrein kann sie für alle Familienmitglieder echtes persönliches Glück, Freude und Liebe schaffen. Das ist wirklich modern!“ meint Tobias Heinz, der Landesvorsitzende der Bayerischen Zentrumspartei. „Die traditionelle Familie ist die Grundlage unseres Staates. Wir möchten Familien effektiv unterstützen und sie vor einer Trennung mit Rat und Tat unterstützen, damit es erst gar nicht zu den dramatischen Auswirkungen einer Ehescheidung kommt. Diese Regierung opfert unsere Familien und ihre Kinder den schlecht maskierten Interessen von Wirtschaft, Verwaltung und verbeamteten Ideologen.“

Quellen:

- [1] Kardas, J. & Langenmayr, A. (1996). Familien in Trennung und Scheidung. Ausgewählte psychologische Aspekte des Erlebens und Verhaltens von Scheidungskindern. Stuttgart: Ferdinand Enke Verlag.
- [2] Kardas, J. (1996). Familie in Trennung und Scheidung: ausgewählte psychologische Aspekte des Erlebens und Verhaltens von Scheidungskindern. Stuttgart: Ferdinand Enke Verlag.
- [3] Wallerstein, J. S. u. a. Scheidungsfolgen - Die Kinder tragen die Last: Eine Langzeitstudie über 25 Jahre. Votum/Juvena Verlag, ISBN 3779918579
- [4] Hyams, H-U. Kinder wollen keine Scheidung, Klett-Cotta Verlag. ISBN 3608940448
- [5] Blasius, D. (). Ehescheidung in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert. ISBN 3596104068
- [6] Czernin, M und Largo, Remo, H.: Glückliche Scheidungskinder: Trennungen und wie Kinder damit fertig werden, Piper Verlag, ISBN 3492241581
- [7] Bericht des Bundesministeriums für Frauen und Jugend, erhältlich unter <http://www.bmfsfj.de/>
- [8] Pressemitteilung des Bundesjustizministerin Zypris am 19. September 2008, abrufbar unter <http://bundesjustizministerium.com/>

Über die deutsche Zentrumspartei (ZENTRUM) in Bayern:

Die Deutsche Zentrumspartei (ZENTRUM) wirkt in Deutschland als Partei seit ihrer Gründung im Jahr 1870. Nach dem 1. Weltkrieg formierte sich die Zentrumspartei 1919 neu und in Bayern als „Bayerische Volkspartei“ und war von 1919 – 1933 durchgängig stärkste Partei in Bayern und in allen Landesregierungen vertreten. Heinrich Held führte als bayerischer Ministerpräsident die Kabinette in Bayern von 1924-1933 an. Im Reichstag bildete die BVP mit der Zentrumspartei eine Fraktionsgemeinschaft. Das ZENTRUM hat in den ersten 60 Jahren des Bestehens als politische Partei soziale Reformen (Einführung von Kranken- und Rentenversicherung) mit gestaltet und errichtete 1927 die moderne deutsche Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung.

Als Partei der demokratischen Weimarer Koalition – besonders nachdem der letzte Reichskanzler der Zentrumspartei Brüning die SA und SS am 16. Juni 1932 verboten hatte – wurden Politiker der Zentrumspartei nach Beginn des national-sozialistischen Terrorregimes (der sog. Machtergreifung) verfolgt, inhaftiert und durch die nationalen Sozialisten ermordet. Viele Zentrumspolitiker flohen vor der Verfolgung und gingen ins Exil.

Das ZENTRUM wurde bereits 1945 von aus Exil und Konzentrationslagern zurückkehrenden Politikern – wie Dr. Carl Spiecker, der aus dem Ausland gegen den Naziterror gekämpft hatte – wieder gegründet. Entgegen gängiger Meinung ging das ZENTRUM nie in der CDU/CSU auf.

Das ZENTRUM, das für die Ausgestaltung des Wirtschaftssystems der Bundesrepublik als „Soziale Marktwirtschaft“ maßgeblich mitverantwortlich ist, hat redaktionell und inhaltlich an der Gestaltung des Grundgesetzes mitgewirkt (Herrenchiemsee) und ist auch nach 1945 „bundestagserfahren“ - bis 1956, zum Teil in Fraktionsgemeinschaft mit der Bayernpartei.

Die moderne Deutsche Zentrumspartei (ZENTRUM) ist heute eine christliche, überkonfessionelle Programmpartei mit einem pragmatischen, auf sachlichen Analysen begründeten Parteiprogramm, das fest in den christlich/jüdischen Moralvorstellungen und der christlichen Ethik und Soziallehre verwurzelt ist. Die Webseite des bayerischen Landesverbandes der Zentrumspartei findet sich unter <http://bayern.zentrumspartei.de>. Es werden laufend neue Mitglieder und Funktionäre für die Gründung von Kreis- und Ortsverbänden in Bayern gesucht.

Kontakt und weitere Informationen zu dieser Meldung:

Landesverband Bayern Tobias Heinz - Landesvorsitzender - Am Stögnfeld 24 85244 Röhrmoos Fax: 08139 473020-9 Tel: 08139 473020-1	Norbert Closmann - stellvertretender Landesvorsitzender - Richtwiese 4 90530 Wendelstein Fax: 09129/908532
--	--